

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages, Omid Najafi, Ansgar Georg Schledde und Dr. Ingo Kerzel (AfD)

Industriearbeitsplätze zwischen Energiepreisen und Klimazielen - Beschäftigungsrisiken und Standortperspektiven in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages, Omid Najafi, Ansgar Georg Schledde und Dr. Ingo Kerzel (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 21.08.2026

Niedersachsen verfügt über bedeutende industrielle Strukturen, u. a. in der Automobil- und Zulieferindustrie, der Stahl-, Chemie-, Glas-, Papier-, Baustoff- und Lebensmittelindustrie. Das Verarbeitende Gewerbe wird dabei stark vom Fahrzeugbau geprägt. Im Jahr 2025 sank die Zahl der dort tätigen Personen um rund 8 000 auf etwa 500 000; im Fahrzeugbau ging sie um 5 % zurück. Zugleich verringerten sich die preisbereinigten Auslandsaufträge um 10 % und die Bestellungen von Investitionsgütern um 9,7 %.¹

Für 2026 zeichnet sich keine breite Entspannung ab. Nach der Konjunkturumfrage der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern für das erste Quartal 2026 erwarten 40 % der befragten Unternehmen schlechtere und nur 10 % bessere Geschäfte; auch die Beschäftigungs- und Exportplanungen waren rückläufig.²

Die Größenordnung des industriellen Umbruchs zeigt sich bei Volkswagen. Für die deutschen Standorte der Volkswagen AG ist bis 2030 ein Abbau von mehr als 35 000 Stellen vereinbart; für mehr als 28 000 Austritte bestanden nach Unternehmensangaben im Juli 2026 bereits verbindliche Vereinbarungen. Allein in der Technischen Entwicklung in Wolfsburg sollen rund 4 000 Stellen entfallen. Zugleich sollen die technischen Produktionskapazitäten der deutschen Werke dauerhaft um 734 000 Fahrzeuge reduziert werden.³

Veränderungen der Energieversorgung, hohe Energiepreise und staatliche Transformationsvorgaben können unmittelbare Auswirkungen auf Produktion, Investitionsentscheidungen und Beschäftigung haben. Das Landesamt führte den Rückgang des industriellen Energieverbrauchs in den Jahren 2022 und 2023 vor allem auf gestiegene Energiepreise und damit verbundene Produktionsrückgänge zurück. Das Wirtschaftsministerium warnt, dass infolge hoher Energiekosten Teile der Industrie oder ganze Branchen ins Ausland abwandern könnten.⁴

Zugleich verfolgt Niedersachsen das gesetzliche Ziel, bereits 2040 klimaneutral zu sein. Die Klimaschutzstrategie der Landesregierung umfasst 120 Einzelmaßnahmen. Der Landesrechnungshof stellte im Juni 2026 fest, dass das Land in fünf Jahren rund 1,8 Milliarden Euro für Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben, deren Wirksamkeit aber bislang nicht überprüft habe; nur acht von knapp 100 untersuchten Maßnahmen hätten eine konkrete Treibhausgasminderung zum Ziel. Damit stellt sich

¹ <https://magazin.statistik.niedersachsen.de/verarbeitendes-gewerbe-in-niedersachsen-2025/>

² <https://www.ihk-n.de/presse/zwischen-stillstand-und-pessimismus-7037654>

³ <https://www.volkswagen-group.com/de/pressemitteilungen/substanz-staerken-gezielt-in-die-zukunft-investieren-nachhaltigen-wert-schaffen-oliver-blume-stellt-wesentliche-hebel-des-zukunftsplans-bei-der-hauptversammlung-der-volkswagen-ag-vor-20483>; <https://www.volkswagen-newsroom.com/de/pressemitteilungen/einigung-erzielt-volkswagen-ag-stellt-sich-wettbewerbsfaehig-fuer-die-zukunft-auf-18945>

⁴ https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/service/themen_im_fokus/transaktionsstrompreis/transaktionsstrompreis-224834.html; <https://www.statistik.niedersachsen.de/presse/energieverbrauch-der-betriebe-im-verarbeitenden-gewerbe-in-niedersachsen-2024-um-4-5-gestiegen-248401.html>

auch die Frage, ob die beschäftigungs- und industriepolitischen Folgen des eingeschlagenen Pfades belastbar untersucht worden sind.⁵

Ministerpräsident Olaf Lies erklärte, Arbeitsplätze und Industrie dürften dem Klimaschutz nicht geopfert werden, und brachte für Deutschland eine Verschiebung der Klimaneutralität von 2045 auf 2048 ins Spiel. Umweltminister Christian Meyer widersprach öffentlich und hielt am niedersächsischen Zieljahr 2040 fest.⁶ Dieser Richtungsstreit wirft die Frage auf, auf welche Daten, Szenarien und Abwägungskriterien die Landesregierung ihre klima-, energie- und beschäftigungspolitischen Entscheidungen stützt.

Für die Sicherung industrieller Wertschöpfung und resilienter Lieferketten ist auch die pharmazeutische Produktion von Bedeutung. Die Octapharma Produktionsgesellschaft Deutschland mbH beschäftigt am Standort Springe mehr als 800 Menschen, stellt dort ein Fertigarzneimittel sowie Zwischenprodukte her und plant eine weitere räumliche Erweiterung des Standorts.⁷ Der Antrag „Arzneimittelsouveränität braucht Rohstoffe und Köpfe - Niedersachsen als Modellregion für pharmazeutische Produktion, Forschung und Fachkräfte“ (Drs. 19/10131) fordert, bestehende Produktionskapazitäten zu sichern und weitere pharmazeutische Herstellung in Niedersachsen anzusiedeln.

1. Welche Wirtschaftszweige und Branchen ordnet die Landesregierung den energieintensiven Wirtschaftszweigen in Niedersachsen zu (bitte unter Angabe der zugrunde gelegten Kriterien und der jeweiligen Wirtschaftszweigklassifikationen)?
2. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten derzeit in den von der Landesregierung als energieintensiv eingestuften Wirtschaftszweigen (bitte nach Wirtschaftszweigen sowie Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
3. Wie hat sich die Zahl dieser Beschäftigten seit 2015 entwickelt (bitte jährlich und nach Wirtschaftszweigen aufschlüsseln)?
4. Welche Wirtschaftszweige und Regionen Niedersachsens sieht die Landesregierung hinsichtlich möglicher Arbeitsplatzverluste infolge hoher oder steigender Energiepreise, transformationsbedingter Investitionsbedarfe und mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit als besonders gefährdet an, und anhand welcher Kriterien gelangt sie zu dieser Einschätzung?
5. Welche Betriebsschließungen, Produktionsreduzierungen oder Standortverlagerungen sind der Landesregierung seit 2015 bekannt, bei denen Energiekosten, Transformationsanforderungen oder mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit als Grund oder Mitgrund genannt wurden (bitte jeweils Unternehmen, Standort, Maßnahme, Zeitpunkt, Zahl der betroffenen Arbeitsplätze und genannte Gründe angeben)?
6. Welche entsprechenden Schließungen, Produktionsreduzierungen, Standortverlagerungen oder Stellenabbaumaßnahmen sind nach Kenntnis der Landesregierung angekündigt oder befinden sich bereits in Umsetzung (bitte mit den Angaben aus Frage 5 aufschlüsseln)?
7. Welche Erkenntnisse, Studien oder branchenspezifischen Multiplikatoren liegen der Landesregierung dazu vor, wie viele Arbeitsplätze bei Zulieferern, Handwerksbetrieben und Dienstleistungsunternehmen mittelbar von den in den Fragen 2 bis 6 erfassten Industriestandorten abhängen?

⁵ https://www.lrh.niedersachsen.de/startseite/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen_2026/milliarden-ohne-wirkungsnachweis-rechnungshof-mahnt-wirtschaftlicheren-klimaschutz-an-251317.html; <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/kabinett-beschliesst-niedersaechsische-klimaschutzstrategie-und-konzept-fur-neuen-klimarat-241619.html>

⁶ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-06/olaf-lies-ministerpraesident-niedersachsen-reformenpaket-spd/seite-2>; Hannoversche Allgemeine Zeitung/Deister- und Weserzeitung, Elisabeth Woldt, „Sind Jobs wichtiger als das Klima?“, 10. August 2026.

⁷ <https://www.octapharma.de/ueber-uns/standorte/produktionsstandort>; <https://www.ndz.de/lokales/springe/octapharma-will-in-springe-wachsen-diskussion-um-landschaftsschutz-DZ2C57ZBZ5BF5F4ACF727AC34A.html>; Deister- und Weserzeitung, „Octapharma wächst und wächst in Springe“, 10. August 2026, S. 11.

8. Über welche Modellrechnungen, Szenarien oder Prognosen zur Entwicklung der Beschäftigung in energieintensiven Wirtschaftszweigen bis 2030, 2040 und 2045 verfügt die Landesregierung gegebenenfalls (bitte nach Wirtschaftszweigen und Regionen aufschlüsseln)?
9. Mit wie vielen wegfallenden und mit wie vielen neu entstehenden Arbeitsplätzen rechnet die Landesregierung infolge der Transformation zur Klimaneutralität bis 2030, 2040 und 2045, und welcher Netto-Beschäftigungseffekt ergibt sich daraus jeweils?
10. In welchen Wirtschaftszweigen und Regionen sollen die in Frage 9 genannten neuen Arbeitsplätze entstehen?
11. Auf welchen Annahmen insbesondere zu Energiepreisen, CO₂-Bepreisung, Investitionen, Produktivität, Nachfrage, technologischem Fortschritt und regulatorischen Vorgaben beruhen die in den Fragen 8 bis 10 genannten Modellrechnungen, Szenarien oder Prognosen?
12. Inwieweit sind die voraussichtlich neu entstehenden Arbeitsplätze hinsichtlich Qualifikationsanforderungen, Entlohnung, Arbeitszeit, Produktivität und regionaler Verteilung mit den voraussichtlich wegfallenden Arbeitsplätzen vergleichbar, und wie viele Beschäftigte müssten für einen Übergang in die neuen Beschäftigungsfelder umgeschult oder weiterqualifiziert werden?
13. Hat die Landesregierung untersucht, wie sich eine Erreichung der Klimaneutralität in Niedersachsen im Jahr 2040 im Vergleich zu den Zieljahren 2045, 2048, 2050 oder 2055 auf die Beschäftigung auswirken würde? Falls ja, welche Beschäftigungswirkungen ergeben sich in den jeweiligen Szenarien?
14. Falls keine Untersuchung im Sinne von Frage 13 vorliegt: Auf welcher quantitativen beschäftigungspolitischen Grundlage hält die Landesregierung am niedersächsischen Zieljahr 2040 fest beziehungsweise geht der Ministerpräsident davon aus, dass eine spätere Erreichung der Klimaneutralität Arbeitsplätze sichern kann?
15. Anhand welcher beschäftigungs-, industrie- und regionalpolitischen Indikatoren überwacht die Landesregierung die Folgen klimapolitischer Maßnahmen, und bei welchen Entwicklungen oder Schwellenwerten sollen einzelne Maßnahmen überprüft, verändert oder ausgesetzt werden?
16. Welche konkreten Maßnahmen verfolgt die Landesregierung, um Verlagerungen von Produktion und Arbeitsplätzen infolge hoher Energiekosten oder transformationsbedingter Standortnachteile zu verhindern, und welche Beschäftigungswirkungen erwartet sie jeweils davon?
17. Wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten derzeit in Niedersachsen in der Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse, und wie hat sich diese Zahl seit 2015 entwickelt (bitte jährlich sowie nach Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
18. Wie haben sich seit 2015 die Zahl der pharmazeutischen Produktionsbetriebe sowie die Zahl der durch Neuansiedlungen und Standorterweiterungen entstandenen Arbeitsplätze in Niedersachsen entwickelt (bitte nach Jahr, Unternehmen und Standort aufschlüsseln)?
19. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der pharmazeutischen Produktion für industrielle Beschäftigung, regionale Wertschöpfung und die Versorgungssicherheit bei, und wie viele weitere Arbeitsplätze hängen nach ihrer Kenntnis mittelbar von den Produktionsstandorten ab?
20. Welche Risiken sieht die Landesregierung gegebenenfalls für bestehende und geplante Arbeitsplätze in der pharmazeutischen Industrie durch Energiepreise, regulatorische Anforderungen, Fachkräftemangel und sonstige Standortkosten?
21. Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen pharmazeutische Unternehmen seit 2015 Investitionen oder Standortentscheidungen in Niedersachsen aufgrund der in Frage 20 genannten Faktoren verändert, reduziert, verlagert oder aufgegeben haben?
22. Welche konkreten Maßnahmen verfolgt oder plant die Landesregierung gegebenenfalls, um bestehende pharmazeutische Produktionskapazitäten zu sichern und weitere Arzneimittelherstellung in Niedersachsen anzusiedeln (bitte Ziele, Zeitplan, Finanzierungsumfang und erwartete Beschäftigungswirkungen angeben)?

23. Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über Art, Umfang, Investitionsvolumen, Zeitplan und erwartete Produktions- und Beschäftigungswirkungen der von Octapharma am Standort Springe geplanten Erweiterung?
24. Welche planungs- oder genehmigungsrechtlichen Schritte sind für die Erweiterung erforderlich, welche Behörden sind jeweils zuständig, welchen Stand haben die Verfahren, und inwieweit sind Entscheidungen, Zustimmungen, Förderungen oder sonstige Unterstützungsleistungen des Landes erforderlich oder vorgesehen?
25. Welche Gespräche haben Mitglieder oder Vertreter der Landesregierung seit 2023 mit Octapharma, der Stadt Springe oder der Region Hannover über die Standortentwicklung geführt, und welche Unterstützungsbedarfe, Hemmnisse oder Ergebnisse wurden dabei benannt?
26. Welche weiteren größeren Investitions-, Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben pharmazeutischer Unternehmen sind der Landesregierung derzeit in Niedersachsen bekannt, wie viele Arbeitsplätze sollen dadurch jeweils geschaffen oder gesichert werden, und wie unterstützt das Land diese Vorhaben?